



BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT

Alois Stöger
Bundesminister

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

XXIV. GP.-NR
6749 /AB
12. Jan. 2011
zu 6938 /J

GZ: BMG-11001/0369-II/A/9/2010

Wien, am 11. Jänner 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 6938/J der Abgeordneten Mag. Rosa Lohfeyer und weiterer Abgeordneter** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Frage 1:

Eine detaillierte Aufstellung zu den erbrachten Leistungen der einzelnen Krankenanstalten in Österreich an Gästen und den damit im Zusammenhang stehenden Beträgen, die in einer bestimmten Frist vom jeweiligen Sozialversicherungsträger zurückgeholt werden müssen, ist meinem Ressort nicht bekannt. Auf Grund der Dokumentation von Diagnosen- und Leistungsdaten sind ausschließlich Aussagen zu den erbrachten Leistungen, nicht aber den damit im Zusammenhang stehenden zu verrechnenden Kosten möglich. Auch der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger meldet, dass er über keinerlei Daten hinsichtlich der erbrachten Leistungen bzw. der Außenstände der einzelnen Krankenanstalten in Österreich verfügt.

Frage 2:

Die Verbindlichkeiten der österreichischen Krankenversicherungsträger im Verhältnis zu den EU-Mitgliedstaaten, EWR-Staaten, der Schweiz und den Vertragsstaaten zum Stand 30. November 2010 ist der vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger übermittelten Aufstellung (siehe Beilage 1) zu entnehmen.

Fragen 3 und 4:

Für Kostenforderungen bis 30. April 2010 an die Krankenversicherungsträger in den EU-Mitgliedstaaten, EWR-Staaten und in der Schweiz galt die Empfehlung Nr. 20 der Verwaltungskommission der Europäischen Gemeinschaften für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer vom 31. Mai 1996, wonach die Überprüfung der Rechnungen vor Ablauf eines Achtzehnmonatszeitraums nach Ende des Kalenderhalbjahrs, in dem sie eingereicht wurden, zu erfolgen hat. Dies war ein Kompromiss zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten bzw. EWR-Staaten. Es bestehen keine rechtlichen Möglichkeiten, die EU-Mitgliedstaaten bzw. EWR-Staaten zu kürzeren Zahlungsfristen zu verpflichten, weil die Regelungen der EG-Verordnung Nr. 574/72 keine Maßnahmen bei Zahlungsunwilligkeit enthalten.

Durch das Inkrafttreten der neuen Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und Nr. 987/2009 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit mit 1. Mai 2010 wird der Zahlungsfluss zwischen den EU-Mitgliedstaaten beschleunigt. Aufgrund der Bestimmungen in Art. 67 der neuen Durchführungsverordnung (EG) Nr. 987/2009 sind die Forderungen binnen 18 Monaten nach Ablauf des Monats, in dem sie bei der Verbindungsstelle des leistungspflichtigen Mitgliedstaats eingereicht wurden, zu erstatten.

Darüber hinaus ist in Art. 68 der gegenständlichen Verordnung festgelegt, dass nach Ablauf dieser Frist von 18 Monaten der forderungsberechtigte Träger Zinsen auf die ausstehenden Forderungen erheben kann, außer der leistungspflichtige Träger hat innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Monats, in dem die Forderung eingereicht wurde, eine Anzahlung in Höhe von mindestens 90 % der gesamten eingereichten Forderung geleistet.

Für die EWR-Staaten und die Schweiz gelten nach wie vor die Bestimmungen der VO (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72, weil im Verhältnis zu diesen Staaten die neuen Verordnungen noch nicht anwendbar sind.

Hinsichtlich der bilateralen Vertragsstaaten Österreichs (Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Türkei) teilt der Hauptverband mit, dass die Kostenerstattung von Sachleistungen binnen zwei Monaten nach Eingang der Forderung (z. B. Art. 17 der Vereinbarung zur Durchführung des österreichisch-mazedonischen Abkommens) zu leisten ist. Allerdings werden vom Hauptverband die gegenseitigen Forderungen – ausgenommen Kroatien – kompensiert, wodurch eine Beschleunigung des Erstattungsverfahrens für die österreichische Seite erreicht werden konnte.

Frage 5:

Mit dem Inkrafttreten der beiden Verordnungen ist auch ein elektronischer Datenaustausch (Electronic Exchange of Social Security Information) - mit einem Übergangszeitraum bis 30. April 2012 - vorgesehen, der unter anderem auch zu einer rascheren Erledigung der Kostenforderungen führen wird. In diesem Zusammenhang hat der Hauptverband das Projekt „Elektronischer grenzüberschreitender Datenaustausch (EGDA)“ aufgesetzt, wobei der Projektstart mit 1. Jänner 2011 erfolgte.

Mit diesem Projekt sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Umsetzung der gesetzlichen Rahmenvorgaben für den internationalen elektronischen Datenaustausch von Sozialversicherungsdaten;
- Definition und Umsetzung der organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen für den elektronischen Datenaustausch von Sozialversicherungsdaten in Österreich;
- Umsetzung eines vollautomatisierten elektronischen Arbeitsablaufs im Hauptverband;
- Definition von Vorgehensweisen zur Anbindung von bestehenden Produkten der Sozialversicherung (z. B. die Partnerverwaltung im Melde-, Versicherungs- und Beitragswesen) an den elektronischen Datenaustausch zur Beseitigung von ineffizienten Schnittstellen im Sinne von Schnittstellendefinitionen und einer Machbarkeitsstudie.

Frage 6:

Auf Art. 45 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens (BGBl. I Nr. 105/2008 vom 14. Juli 2008) wird verwiesen.

Von den einzelnen Mitgliedstaaten werden die offenen Forderungen grundsätzlich innerhalb eines Zeitraums von 3 bis 30 Monaten erstattet. Während z. B. Slowenien, Luxemburg, Dänemark, Liechtenstein und Finnland innerhalb von 3 bis 6 Monaten, Belgien, Großbritannien, Schweiz, Slowakei, Tschechien und Ungarn innerhalb von 8 bis 12 Monaten bzw. Schweden, Norwegen, Frankreich sowie Polen innerhalb von 15 bis 18 Monaten erstatten, benötigen andere Mitgliedstaaten wie z. B. Griechenland, Spanien und Portugal ca. 24 bis 30 Monate.

Der für Österreich bedeutendste Mitgliedstaat, die Bundesrepublik Deutschland, nimmt die erste Überweisung im Regelfall innerhalb von 6 Monaten ab dem Zeitpunkt der Geltendmachung der Forderung durch Österreich vor, während der endgültige Ausgleich dann innerhalb von 30 Monaten erfolgt.

Frage 7:

Im Verhältnis zu Italien werden seit dem Inkrafttreten der Vereinbarung über die Erstattung der gegenseitigen Forderungen bei der Anwendung der VO (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 zum 1. Jänner 2006 die Kostenforderungen zum Ende eines jeden Jahres kompensiert.

Am 21. Dezember 2010 ist der Betrag von € 7,866.339,37 beim Hauptverband eingelangt. Durch diese Zahlung sind die österreichischen Forderungen des Jahres 2009 beglichen worden, wodurch im Verhältnis zu Italien keine offenen Forderungen – ausgenommen jene, die im Jahr 2010 geltend gemacht wurden – aufscheinen.

Frage 8:

Eine Befassung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten in jüngerer Zeit ist meinem Ressort nicht bekannt. Insgesamt gesehen ist es sowohl durch Neuregelung der einschlägigen EU-Bestimmungen als auch durch verbesserte Zahlungsmoral einzelner Staaten zu merklichen Verbesserungen gekommen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Werner Scharf', written in a cursive style.

Verbindlichkeiten Österreichs zum Stand 30.11.2010

Echtkostenabrechnungen

EURO-LÄNDER

STAAT	eingelangt am	Betrag	fällig am:
Deutschland			
	20.5.2010	9,878.550,56	1.12.2011
	2.8.2010	1,533.813,09	1.3.2012
	25.8.2010	7,239.800,16	1.3.2012
	28.10.2010	6,652.456,38	1.5.2012
	2.12.2010	12,513.937,42	1.7.2012
	10.9.2010	543.046,18	1.4.2012
	7.7.2010	225.873,95	1.2.2012
	11.6.2010	276.931,74	1.1.2012
	30.4.2010	450.684,59	1.1.2012
	9.2.2009	676.327,68	1.1.2011
	26.5.2009	1.148,81	1.1.2011
	15.5.2009	2.526,02	1.1.2011
	25.5.2009	90.323,41	1.1.2011
	6.8.2008	95.957,83	1.7.2010
	12.9.2008	20.321,54	1.7.2010
	25.5.2009	1.830,84	1.1.2011
	25.5.2009	34.625,98	1.1.2011
	13.9.2010	9.886,06	1.4.2012
	14.9.2010	2.295,53	1.4.2012
	23.9.2010	1.865,82	1.4.2012
	11.10.2010	1.997,92	1.5.2012
	2.11.2010	3.721,70	1.6.2012
	30.11.2010	1.318,94	1.6.2012
	23.8.2010	6.238,63	1.3.2012
Finnland			
	27.10.2010	9.103,70	1.5.2012
	27.10.2010	24.702,09	1.5.2012
Frankreich			
KV-FR/10-2	19.07.2010	534.331,89	1.2.2012
KV-FR/10-10	11.10.2010	300.205,07	1.5.2012
KV-FR/10-11	11.10.2010	14.694,56	1.5.2012
Italien	27.07.2009	1.543.870,99	fertig
	29.12.2009	642.807,78	für
	04.05.2010	2.235.607,50	Kompen-
	14.06.2010	72.808,02	sation
	27.07.2010	1.432.261,70	1.02.2012
Luxemburg	19.11.2010	29.638,31	1.6.2012
Malta	10.08.2010	1.607,28	1.3.2012
Niederlande	5.11.2010	153.035,98	1.6.2012

Portugal			
P 2/10	11.03.2010	8.907,43	1.1.2012
KV-PT/10-1	23.09.2010	18.640,51	1.4.2012
KV-PT/10-2	22.09.2010	22.035,10	1.4.2012
KV-PT/10-4	18.10.2010	223,30	1.5.2012
Slowakei	25.03.2010	1.348.889,58	1.1.2012
	20.12.2009	18.318,39	1.7.2011
	17.12.2009	985.585,20	1.7.2011
	06.08.2010	6.286,35	1.3.2012
	16.08.2010	3.991,27	1.3.2012
	27.09.2010	155,16	1.4.2012
	22.10.2010	1.474.424,19	1.5.2012
	11.11.2010	5.201,20	1.6.2012
	17.11.2010	777,10	1.6.2012
	23.11.2010	813,48	1.6.2012
	23.11.2010	10.692,56	1.6.2012
	25.11.2010	4.200,00	1.6.2012
Slowenien			
KV-SI/10-8	08.09.2010	74,79	1.4.2012
KV-SI/10-9	18.10.2010	1.022.173,52	1.5.2012
Spanien			
E 3/10	03.02.2010	431.278,60	1.1.2012
KV-ES/10-1	18.05.2010	334.082,05	1.12.2011
Zypern	29.10.2010	1.287,58	1.5.2012
	06.12.2010	5.131,37	1.7.2012

Verbindlichkeiten Österreichs zum Stand 31.11.2010

Echtkostenabrechnungen

NICHT-EURO-LÄNDER

Diese Forderungen werden von Österreich auch in der jeweiligen Landeswährung überwiesen. Der entsprechende EURO-Gegenwert wird uns erst nach der Überweisung bekanntgegeben.

STAAT	EINGELANGT AM	BETRAG	2010 bereits von AT bezahlt bzw. fällig am:
Dänemark	12.8.2010	DKK 3.621,54	1.3.2012
Großbritannien	14.10.2010	£ 13.971,37	1.5.2012
	28.10.2010	£ 60.952,00	1.5.2012
Island	27.8.2010	ISK 658.544,00	1.3.2012
Liechtenstein	20.9.2010	CHF 200,40	1.7.2012
		PLN	
Polen	21.09.2009	684.884,51	1.7.2011
	22.12.2009	22.894,31	1.7.2011
	30.09.2010	1.393.541,56	1.4.2012
Schweden		SEK	
KV-SE/10-3	24.09.2010	565.808,00	1.4.2012
KV-SE/10-4	03.11.2010	1.477.073,00	1.6.2012
KV-SE/10-5	23.11.2010	301.520,00	1.6.2012
Schweiz		CHF	
	16.8.2010	614.644,30	1.3.2012
	14.9.2010	868.588,30	1.7.2012
	8.11.2010	15.513,90	1.7.2012
	15.11.2010	1.113,75	1.7.2012
Tschechien		CZK	
	24.9.2010	1,043.882,79	1.4.2012
	5.10.2010	8,696.988,53	1.5.2012
	9.3.2010	12,984.225,39	1.1.2012
	4.11.2010	206,61	1.6.2012
	7.12.2010	6,902.250,33	1.7.2012
Ungarn		HUF	
	17.8.2010	275,357.127,00	1.3.2012
	13.4.2010	129,659.995,00	1.1.2012
	19.11.2010	50,317.260,00	1.6.2012
	22.11.2010	64,365.411,00	1.6.2012
	29.11.2010	36,299.408,00	1.6.2012
	29.11.2010	1,009.776,00	1.6.2012

Bosnien - Föd.		BAM	
BIH-11.09	08.10.2009	45.820,94	
BIH-1.10	07.01.2010	96.103,40	
BIH-5.10	01.04.2010	75.349,88	Kompensation
KV-BA/10-9	09.07.2010	97.129,76	
KV-BA/10-11	24.09.2010	40.015,44	
Bosnien - Rep.		BAM	
KV-BA/10-8	10.06.2010	49.436,87	
KV-BA/10-10	10.09.2010	42.903,79	
KV-BA/10-12	05.10.2010	5.436,41	Kompensation
KV-BA/10-13	02.11.2010	90.387,96	
KV-BA/10-13	11.11.2010	7.591,45	
Kroatien		HRK	
KV-HR/10-6	02.06.2010	496.426,05	1.9.2010
KV-HR/10-8	07.09.2010	695.340,50	1.12.2010
KV-HR/10-9	08.10.2010	185.427,04	1.1.2011
KV-HR/10-10	16.11.2010	77.034,63	1.2.2011
KV-HR/10-10	24.11.2010	432.215,35	1.2.2011
Mazedonien		MKD	
KV-MK/10-5	28.06.2010	281.738,00	
KV-MK/10-6	16.09.2010	19.665,00	Kompensation
KV-MK/10-6	05.10.2010	152.147,00	
Serbien		RSD	
SRB-1.10	17.12.2009	9.079.292,29	
SRB-3.10	10.03.2010	11.681.294,70	Kompensation
KV-RS/10-5	23.06.2010	4.920.578,68	
KV-RS/10-6	04.10.2010	12.179.721,44	